

aus der Rhein-Zeitung, Ausgabe B, Koblenz vom 10.12.2003



Der Stadtrat hat die Satzungsbeschlüsse zu den Bebauungs(Änderungs)plänen Nr. 106: Freizeitzentrum Gölser Moselbogen (Änderung und Erweiterung Nr. 4), Nr. 174: Gewerbegebiet Wallersheimer Weg-/Herberichstraße/Im Krummen Acker (Rheinkaserne) - Änderung und Erweiterung Nr. 1 - , Nr. 247: Auf den Elf Morgen (Änderung Nr. 9) gefasst (§ 10 Abs. 1 Baugesetzbuch - BauGB - vom 27.08.1997, BGB1. I S. 2141). Diese Beschlüsse werden hiermit ortsüblich bekannt gemacht, womit die Änderungen in Kraft treten. Die rechtsverbindlichen Bebauungs(Änderungs)pläne können bei der Stadtverwaltung Koblenz - Bauberatungszentrum -, Bahnhofstraße 47, Erdgeschoss, von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr, **eingesehen** werden. Auf die Vorschriften des §44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Absatzes 4 BauGB wird hiermit hingewiesen; hiernach können Entschädigungsansprüche verlangt werden, wenn infolge des Bebauungsplanes die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruches kann dadurch herbeigeführt werden, dass die Leistung der Entschädigung schriftlich vom Entschädigungspflichtigen (§ 44 Abs. 1 und 3 BauGB) beantragt wird. Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von **drei Jahren** nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Vermögensnachteil eingetreten ist, die Fälligkeit des Entschädigungsanspruches herbeigeführt wird (§ 44 Abs. 4 BauGB). Nach § 215 Abs. 1 BauGB werden 1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und 2. Mängel der Abwägung (§ 1 Abs. 6 BauGB) unbeachtlich, wenn sie nicht in den Fällen der Nr. 1 innerhalb eines **Jahres** und in den Fällen der Nr. 2 innerhalb von **sieben Jahren** seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadtverwaltung Koblenz geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz - GemO - vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) enthält folgende Regelung, auf die hiermit besonders hingewiesen wird: Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder aufgrund dieser Zustände gekommen sind, gelten **ein Jahr** nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn 1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder 2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung (Stadtverwaltung Koblenz) unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat. Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

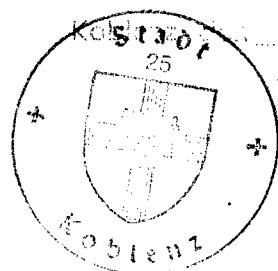
09.12.2003

Stadtverwaltung Koblenz  
Dr. E. Schulte-Wissermann, Oberbürgermeister

Auszug/gefertigt  
10.12.03

Vorstehende Ablichtung wird als mit der

Urkunde (Überarbeitung) und freigegeben.



10.12.03

AK